

**Beitrag von Oberbürgermeister Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, für die Sonderbeilage „Sparkassen und Regionen“ der Sparkassenzeitung**

**Die Sparkassen – ein stabiler und zuverlässiger Partner der Städte**

Hinter den Sparkassen und ihren kommunalen Trägern liegt eine turbulente Zeit. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat große private Bankhäuser in ihren Grundfesten erschüttert. Aber auch jenseits der Finanzwirtschaft hat die Krise ihre Spuren hinterlassen: Gegenwärtig wird auf dem europäischen Parkett darum gerungen, die finanzielle Handlungsfähigkeit einzelner Mitglieder der Währungsunion zu sichern und eine Erosion des Vertrauens der Märkte in die Solidität der öffentlichen Haushalte zu verhindern.

In diesen schwierigen Zeiten sind die deutschen Städte in besonderer Weise auf einen starken und verlässlichen Finanzpartner angewiesen, um die stetige Erfüllung der öffentlichen Aufgaben langfristig zu sichern. Die schwierigen Rahmenbedingungen der Kommunen und ihrer Unternehmen erfordern die Bereitstellung von spezialisierten Beratungs- und Betreuungskapazitäten, im Bereich der Haushaltsfinanzierung beim Kommunalkredit und des Zinsmanagements ebenso wie im Bereich des sogenannten Cash Managements. Gleiches gilt, wenn die technischen, fachlichen und finanziellen Kapazitäten Privater über sogenannte Public Private Partnerships herangezogen werden sollen, was häufig mit Risiken verbunden ist.

Für die deutschen Städte sind die kommunalen Sparkassen, die fest in der Region verankert sind, dabei der geborene Ansprechpartner. Das Regionalprinzip, das die Geschäftstätigkeit auf den Wirtschaftsraum des Trägergebiets beschränkt, gewährleistet, dass die Sparkassen ihre Aufgabe in enger Verbindung zu ihrer Kommune und zu ihrer Region wahrnehmen. Es ist keine lästige Fessel, sondern gleichzeitig ein heilsamer Zwang und eine große Chance. Wegen ihrer genauen Kenntnis der Verhältnisse vor Ort haben die Sparkassen geringere Entscheidungskosten und können Risiken besser abschätzen. Wegen dieser engen Orientierung an den regionalen Märkten vor Ort waren die kommunalen Sparkassen von den Verwerfungen der Finanzkrise wesentlich weniger betroffen als die privaten Geschäftsbanken.

Die Sparkassen bleiben auch dort mit ihrer Region verbunden, wo private Banken das Geschäftsstellennetz aus Kostengründen ausdünnen. Ihr Wohlergehen und damit die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft sind daher ein besonderes Anliegen der Städte. Auch wenn zu Recht gegenwärtig die bankenaufsichtliche Regulierung überprüft wird und auf allen Ebenen über die notwendigen Konsequenzen aus der Finanz- und Bankenkrise nachgedacht wird, darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Es muss vermieden werden, dass gerade diejenigen Institute im Zuge der diversen Regulierungsvorhaben geschwächt werden, die sich in der Finanzmarktkrise als Hort der Stabilität und Liquidität erwiesen haben.

Die Städte treten daher mit allem Nachdruck den immer wieder auftauchenden Vorschlägen entgegen, man solle die durch die Finanzmarktkrise in besondere Bedrängnis geratenen Landesbanken dadurch stärken, dass man ihnen gesunde Sparkassen einverleibt. Dieses Modell der Vertikalisierung sollte nach den Erfahrungen der Finanzkrise eigentlich endgültig vom

Tisch sein; es würde einen massiven Bruch mit dem bewährten und krisenerprobten Geschäftsmodell der kommunalen Sparkassen darstellen. Durch eine Vertikalisierung würden einzelne Sparkassen in der Landesbank aufgehen und zu deren Vertriebsstellen werden. Für die Landesbank würde das zwar einen verstärkten Zugang zu Privatkunden und Mittelstandsgeschäft eröffnen – Vorteile, die sich aber nur auf Kosten der Sparkassen realisieren ließen. Von einer „Win-win-Situation“ kann nicht gesprochen werden – im Gegenteil: Selbst wenn das Regionalprinzip pro forma aufrechterhalten würde, würden wichtige Entscheidungen von einer zentralen – und gerade nicht regionalen und ortskundigen – Steuerungseinheit bestimmt. Maßgebend wären zentrale Ertragsziele und eine einheitliche, von einem Landesbankenvorstand festgelegte Geschäftspolitik. Die genuinen Stärken der Sparkassen - ihre Selbständigkeit, ihre Dezentralität und ihre Orts- und Kundennähe – gingen damit verloren. Für die Berücksichtigung der Belange der Region und die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerung der Sparkassenkundschaft bliebe bei einem solchen Modell kein Raum.

Aber auch mit Blick auf europäische Regulierungsvorhaben gilt es, aufmerksam zu sein. Zwar scheinen sich bei der gegenwärtigen Diskussion um die EU-Einlagensicherungsrichtlinie deutliche Verbesserungen für die institutssichernden Einrichtungen wie den Haftungsverbund der Sparkassen abzuzeichnen. Der Vorgang zeigt aber, dass die Besonderheiten und Stärken des deutschen Sparkassenwesens auf europäischer Ebene nicht immer präsent sind – und bisweilen vielleicht auch bewusst ignoriert werden.

Dies gilt im Übrigen auch bei der gegenwärtigen Diskussion um die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht („Basel III“). Hier müssen die Besonderheiten des Kommunalkredits Berücksichtigung finden. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat die Bundesregierung wiederholt darauf hingewiesen, dass die gegenwärtigen Überlegungen zu Basel III signifikante Einschränkungen bei den Kreditvergabekapazitäten der Banken haben können. Mit Blick auf Kommunalkredite ist nicht auszuschließen, dass diese nicht nur teurer werden, sondern dass risikolose und margenarme Kreditgeschäfte wie der Kommunalkredit durch renditeträchtigere, aber auch riskantere Geschäfte der Banken ersetzt werden. Kommunalkredite haben hier nur dann eine Chance, ins Portfolio der Banken aufgenommen zu werden, wenn die Margen und damit die Renditen für die Kreditinstitute deutlich erhöht werden oder aber, wenn sie mit zusätzlichem Eigenkapital unterlegt werden. Damit würde aber die Nullanrechnung des Kommunalkredits faktisch ausgehebelt.